

## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden

Der Angestellte Wilhelm Grothaus trat während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 im Sachsenwerk in Dresden als Redner auf, forderte freie Wahlen und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Das Bezirksgericht Dresden verhängte später gegen ihn eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Begann der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Tatsächlich war der 17. Juni 1953 Ausdruck der Unzufriedenheit weiter Teile der DDR-Bevölkerung. Zunächst entzündeten sich die Proteste an sozialen Fragen. Die Menschen stellten Forderungen, die ihren Arbeits- und Lebensalltag betrafen, wie "Senkung der Arbeitsnormen und der HO-Preise". Bald forderten die Demonstranten im ganzen Land jedoch den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Pressefreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen und schließlich auch die deutsche Wiedervereinigung.

Von den Nachrichten aus Berlin ermuntert und von den Ausführungen des SED-Parteisekretärs verärgert, begannen auch die Arbeiter des SAG-Betriebs Sachsenwerk Niedersedlitz in Dresden nach und nach, die Arbeit niederzulegen. Das Sachsenwerk war der größte Industriebetrieb Dresdens, im Hauptwerk waren fast 5.500 Mitarbeiter beschäftigt. Innerhalb kurzer Zeit schwoll die Versammlung auf dem Werkshof auf 2.000 Personen an.

Etwa anderthalb Kilometer vom Sachsenwerk entfernt befand sich der VEB Sächsische Brücken- und Stahlhochbau (ABUS). Als gegen 10:00 Uhr die Kollegen vom Sachsenwerk die ABUS-Mitarbeiter aufforderten, ebenfalls zu streiken und sich ihrem Protestzug anzuschließen, folgte ein kleiner Teil der Belegschaft. Der größere verharnte zunächst auf dem Gelände und wartete eine eilig einberufene Belegschaftsversammlung ab, auf der sich Partei- und Betriebsfunktionäre jedoch nicht durchsetzen konnten.

Anschließend sprach Wilhelm Grothaus, ein kaufmännischer Angestellter, der bis 1932 der SPD und anschließend der KPD angehört hatte. Die Situation veränderte sich schlagartig. Grothaus forderte den Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Senkung der HO-Preise sowie die Verbesserung der Sozialfürsorge. Er schlug vor, eine Streikleitung mit zehn Mitgliedern zu wählen. Die Arbeiter wählten jedoch elf Mitglieder, darunter auch Grothaus selbst.

Wilhelm Grothaus wurde in der Nacht vom 17. Juni zum 18. Juni 1953 von der Staatssicherheit in seiner Wohnung verhaftet. Am 23. Juli 1953 verurteilte ihn das Bezirksgericht Dresden wegen "Boykotthetze und faschistischer Propaganda" zu 15 Jahren Zuchthaus – in eben jenem Saal, wo er 1944 als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime schon einmal verurteilt worden war. 1960 kam Wilhelm Grothaus frei und flüchtete in den Westen.

**Signatur:** BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 239/53, Bl. 243-251

### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksgericht Dresden Datum: 23.7.1953

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden

220 240

1 a Ks 345/53  
I 382/53

Rechtskräftig am 5. Aug. 1953  
Dresden, den - 3. Sep. 1953

Urteil !

Im Namen des Volkes !

In der Strafsache

gegen 1.) den am 17.11.1893 in Herten/Westf. geborenen  
kaufm. Sachbearbeiter  
Wilhelm Grothaus,  
wohnhaft in Dresden [REDACTED], [REDACTED],  
z.Zt. in Untersuchungshaft,

2.) den am 22.8.1909 in Dresden geborenen  
Kaufmann  
Fritz Johannes Saalfra nk,  
wohnhaft in Dresden [REDACTED], [REDACTED],  
z.Zt. in Untersuchungshaft,

3.) den am [REDACTED] 1929 in [REDACTED] geborenen  
Montage-Ingenieur  
[REDACTED],  
wohnhaft in Dresden [REDACTED], [REDACTED],  
z.Zt. in Untersuchungshaft,

wegen Verbrechens nach Art. 6 der Verfassung der DDR und KRDir. 38,  
Abschn. II Art. III A III,

hat das Bezirksgericht Dresden - 1 a Strafsenat - in der Sitzung  
am 22. und 23. Juli 1953, an der teilgenommen habe n:

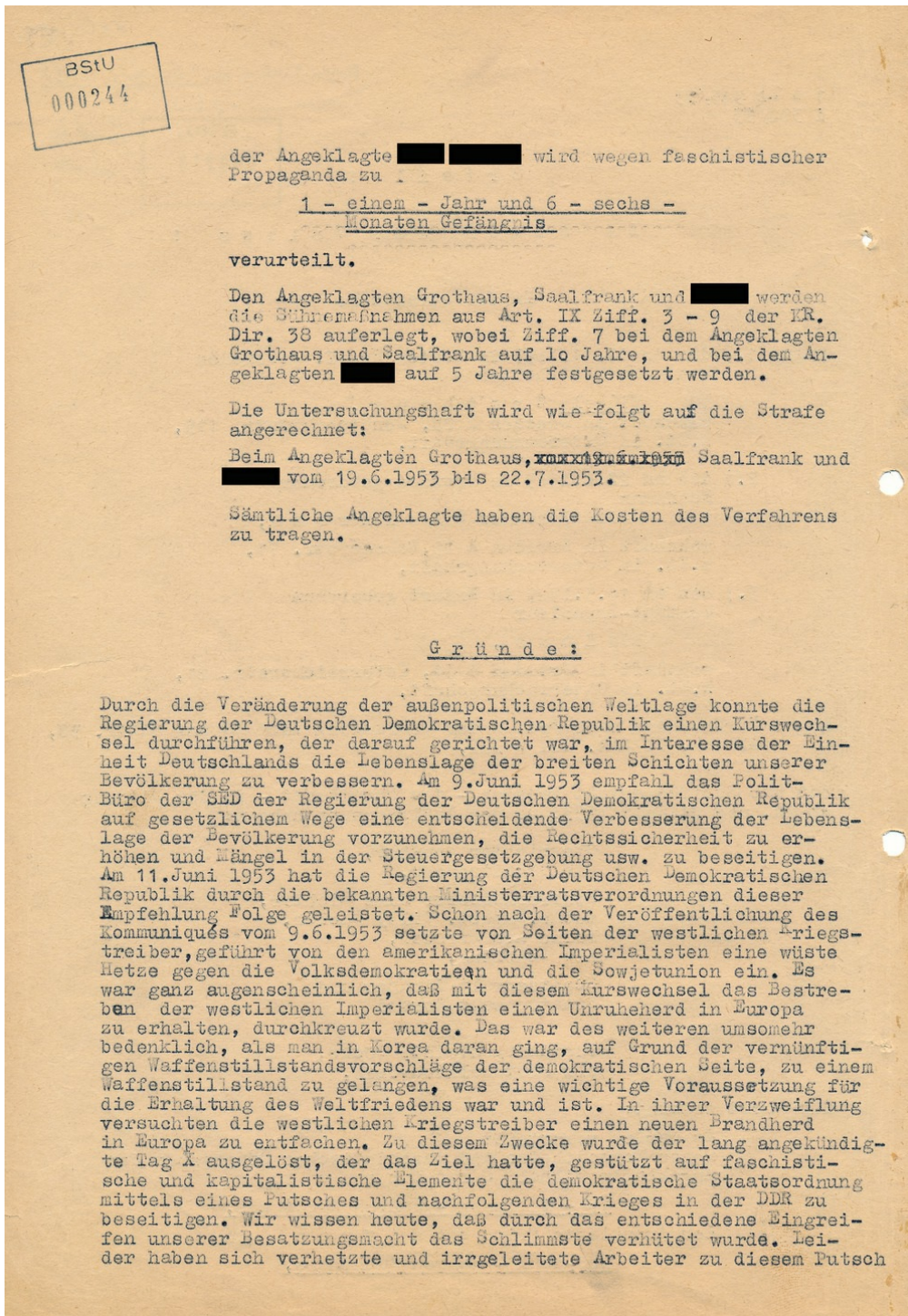
Oberrichter Hausner,  
als Vorsitzender,  
Bohrwerksdreher Hans Richter,  
techn. Angest. Willy Sacher,  
beide aus Dresden,  
als Schöffen,  
Staatsanwalt Lindner und  
Staatsanwalt Horeni  
Justizangestellte Döcke,  
als Protokollführerin,

für Recht erkannt:

Es werden verurteilt  
wegen Boykotttätze und faschistischer Propaganda der  
Angeklagte Wilhelm Grothaus zu  
15 - fünfzehn - Jahren Zuchthaus,  
der Angeklagte Fritz Saalfra nk zu  
10 - zehn - Jahren Zuchthaus,



Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden

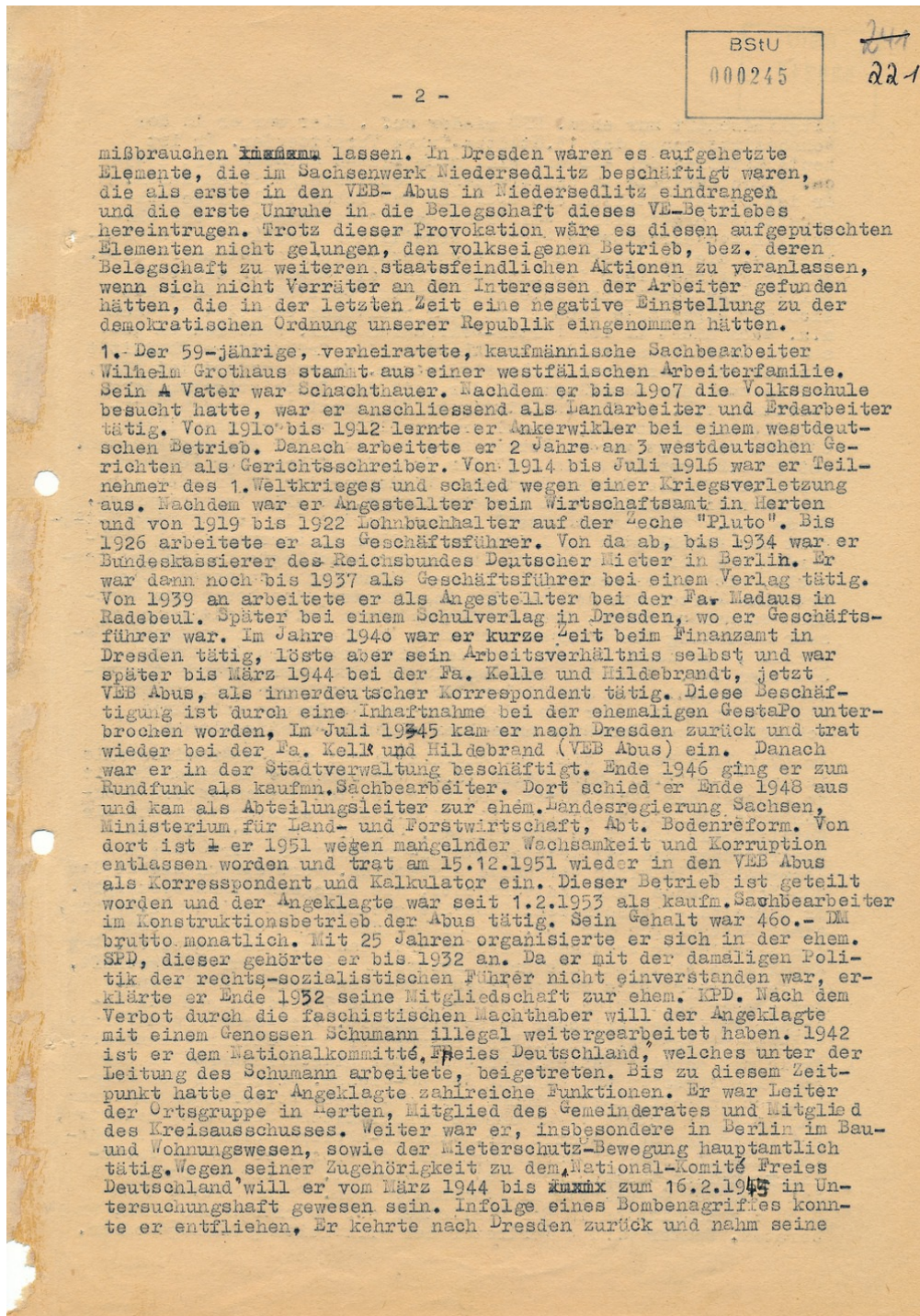


Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 239/53, Bl. 243-251

Blatt 244



## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 239/53, Bl. 243-251

Blatt 245



## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden

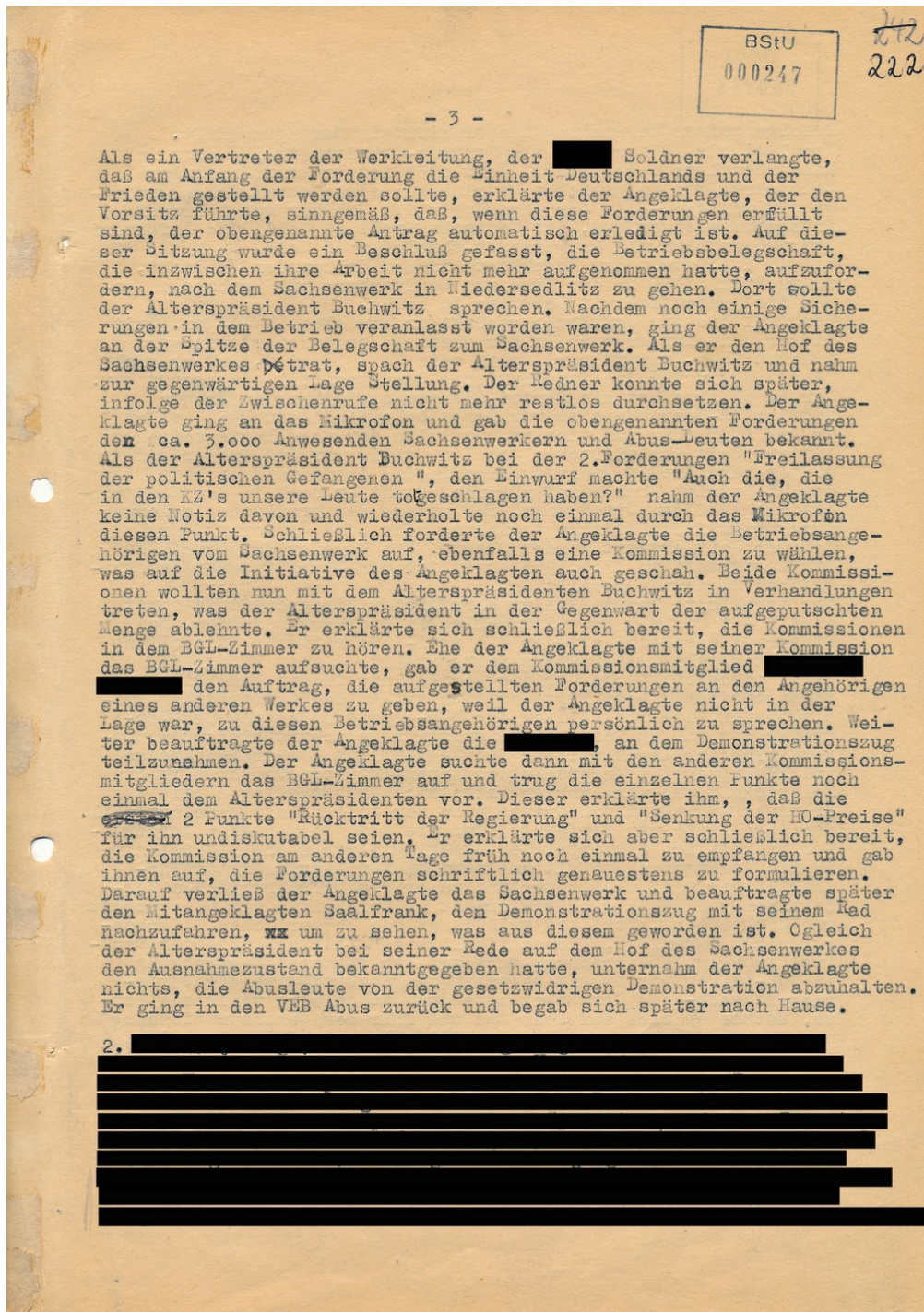
BSU  
000246

Mitgliedschaft zur ehem. KPD wieder auf. Hier war er in der Wohnbezirksgruppe des 13. Stadtbezirkes Vorsitzender. Er ist heute Mitglied der SED und will nach seinen Angaben seit 1945 ca. 1.000 Referate in den Dresdener Betrieben gehalten haben. Er ist weiter Mitglied des FDGB und war schon vor 1945 gewerkschaftlich organisiert. Auf Grund der Vorkommnisse in der ehemaligen Landesregierung Sachsen erhielt der Angeklagte eine Parteirüge, die er jedoch in der Hauptverhandlung nicht anerkannte. Zu der gleichen Zeit ist ihm angeblich die Ausübung weiterer politischer Funktionen untersagt worden. Seit dieser Zeit hat sich der Angeklagte auch nicht mehr politisch betätigt und nahm u.a. auch nicht an den Partei-Lehrjahren teil. Nach seinem gesamten Leben kann man den Angeklagten eine frühzeitige Aktivität für die Arbeiterklasse nicht absprechen. Bemerkenswert ist aber, daß es auch der Angeklagte in der Zeit der faschistischen Ära verstand, z.B. in das faschistische Finanzamt in Dresden kurzfristig unterzukommen, obwohl er angeblich von der ehemaligen GESTAPO verfolgt wurde. Bezeichnend war auch für den Angeklagten, daß er z.B. von 1934 bis 1937 der Geschäftsführer der Verlags-Gesellschaft des Bundes Deutscher Mietervereine in Dresden war. Wenn man die damalige Zeit berücksichtigt, wo alle Vereinigungen, Bünde usw. "gleichgeschaltet" wurden, so ist die langjährige Tätigkeit des Angeklagten in leitenden Stellen ausserordentlich merkwürdig und zeigte dem Senat, daß es der Angeklagte zweifellos versteht, sich einer neuen politischen Situation anzupassen. Die erteilte Parteirüge muß bei dem Angeklagten eine besondere Reaktion ausgelöst haben, denn in der späteren Zeit kritisierte er sehr auffällig die Maßnahmen unserer Deutschen Demokratischen Republik, was durch die Aussage des Mitangeklagten Saalfrank erwiesen ist. Trotzdem der Angeklagte eine ausreichende theoretische Kenntnis von den Zielen der Arbeiterklasse hat, unterstützte er nicht mehr die Linie unserer Regierung und wurde schließlich zum Verräter an seiner eigenen Arbeiterklasse.

Am 17.6.1953 befand sich der Angeklagte auf seiner Arbeitsstelle in dem VE-Betrieb Abus. Gegen 10.00 Uhr bemerkte er einen Tumult am Eingang des Fabriktores. Den aufgesetzten Elementen des Maschinenwerkes gelang es schließlich in die Abus einzudringen und die Betriebsbelegschaft zu beunruhigen. Darauf wurde von dem BGL-Vorsitzenden und der Betriebspartei-Organisation der SED eine Versammlung in einer Werkhalle einberufen. Dort sprach zuerst der BGL-Vorsitzende [REDACTED] und versuchte, die Belegschaft zu beruhigen. Er wurde niedergeschrien. Dasselbe geschah auch mit dem 2. Redner, einem Angehörigen der SED. Darauf hat der Angeklagte Saalfrank den Angeklagten Grothaus aufgefordert, das Wort zu ergreifen. Der Angeklagte stieg auf die große Presse und sprach zur Belegschaft, in negativer Weise zu den neuen Maßnahmen unserer Regierung. Auf dieser Versammlung hat der Angeklagte 5 Forderungen der Belegschaft in hetzerischer Weise erläutert. Die Forderungen waren: Rücktritt der Regierung, Freilassung der politischen Gefangenen, freie und geheime Wahlen, Aufhebung der Einschränkungen in der sozialen Fürsorge und Senkung der HO-Preise. Obwohl es dem Angeklagten unzweifelhaft bekannt war, daß diese Forderungen in ihrem Inhalt einen Putsch gegen unsere demokratische Regierung bedeuten, schlug er der Belegschaft vor, eine 10-köpfige Kommission zu wählen, die in einer späteren Beratung die einzelnen Punkte formuliert und den zuständigen Stellen zuleitet. In diese Kommission ist auch der Angeklagte mit gewählt worden. Gegen Mittag fand sich die Kommission in der Bibliothek des Betriebes zusammen, um zu beraten. Später sind 4 Vertreter der Werksleitung hinzugekommen.



## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden

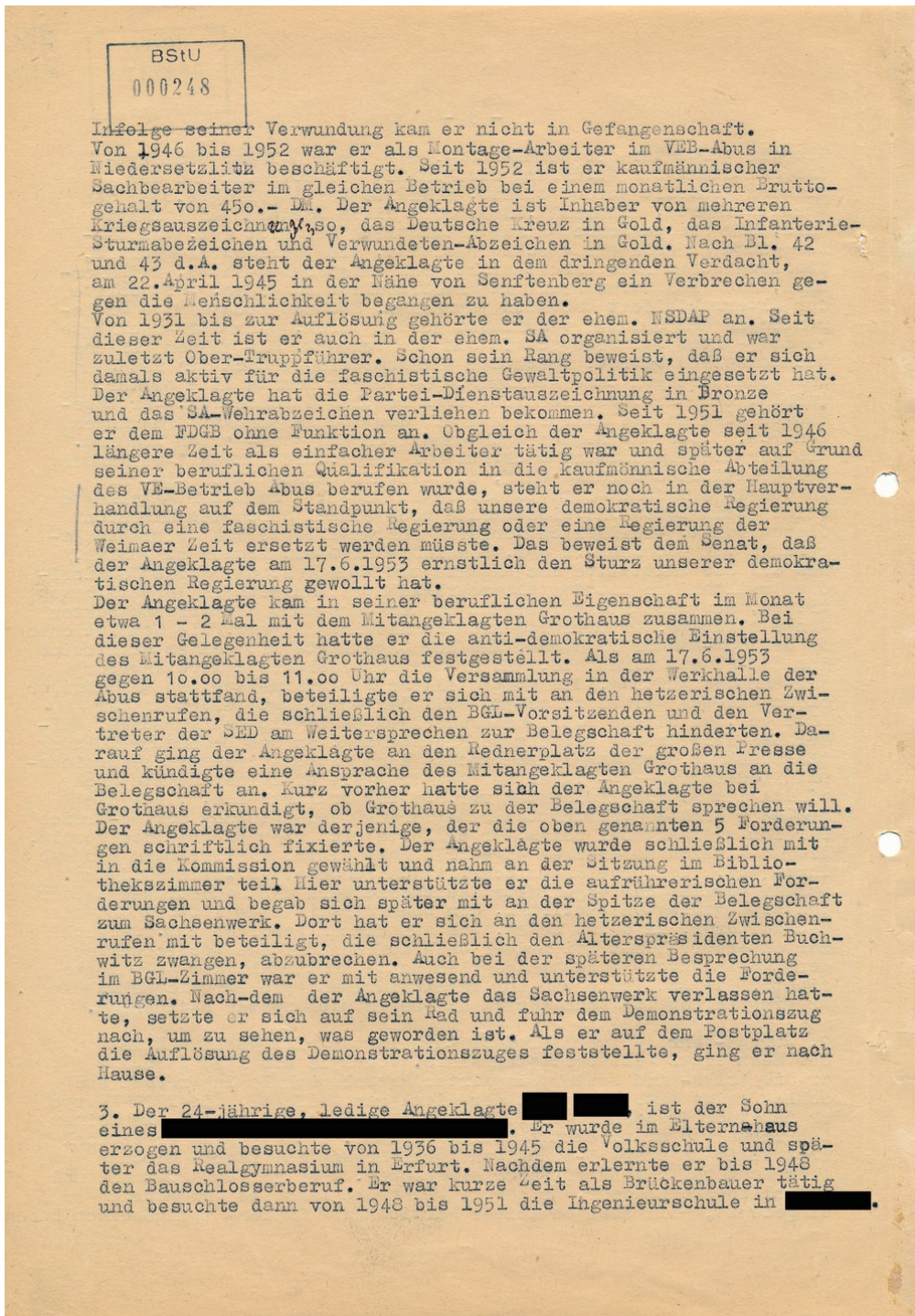


Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 239/53, Bl. 243-251

Blatt 247

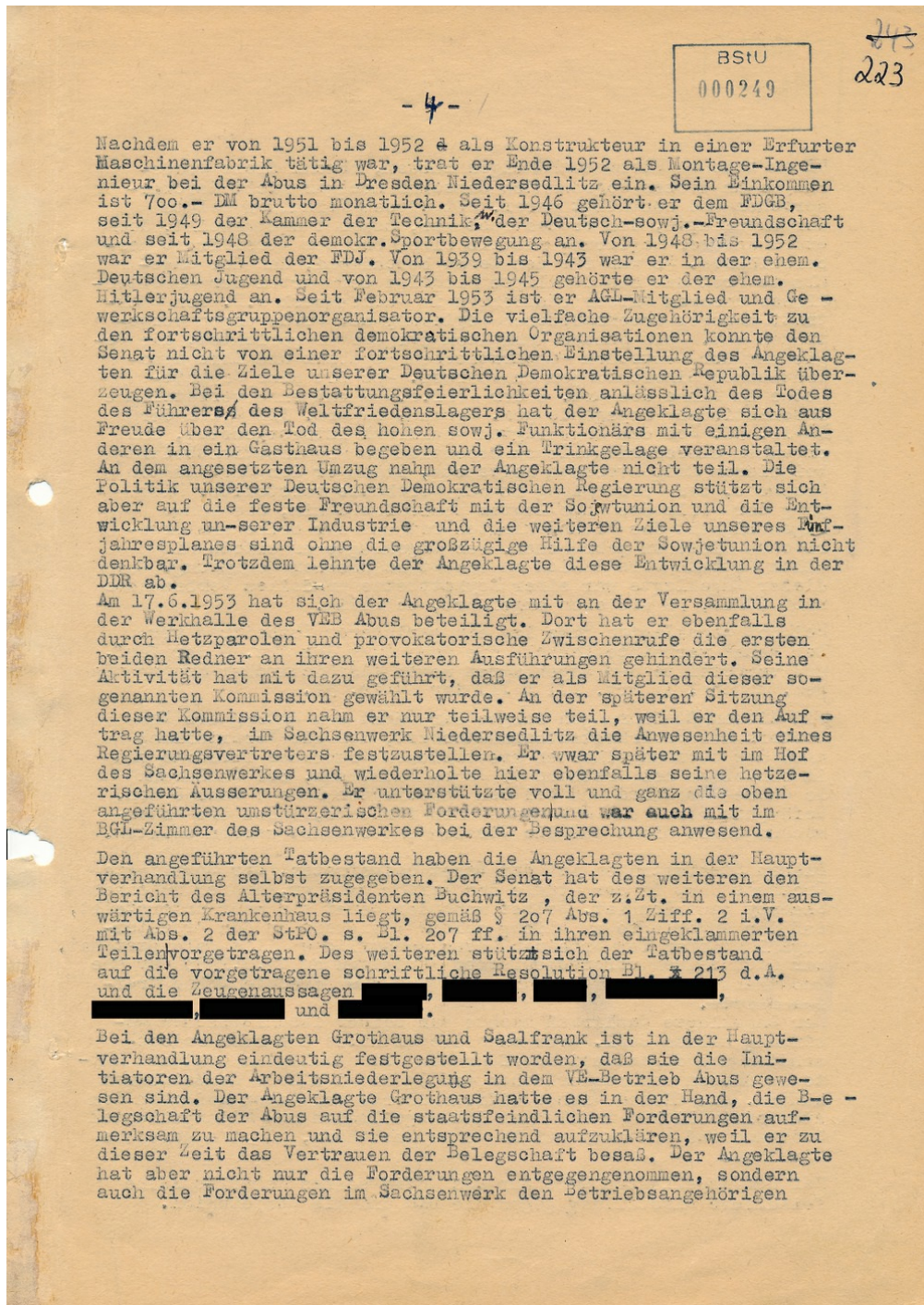


## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden



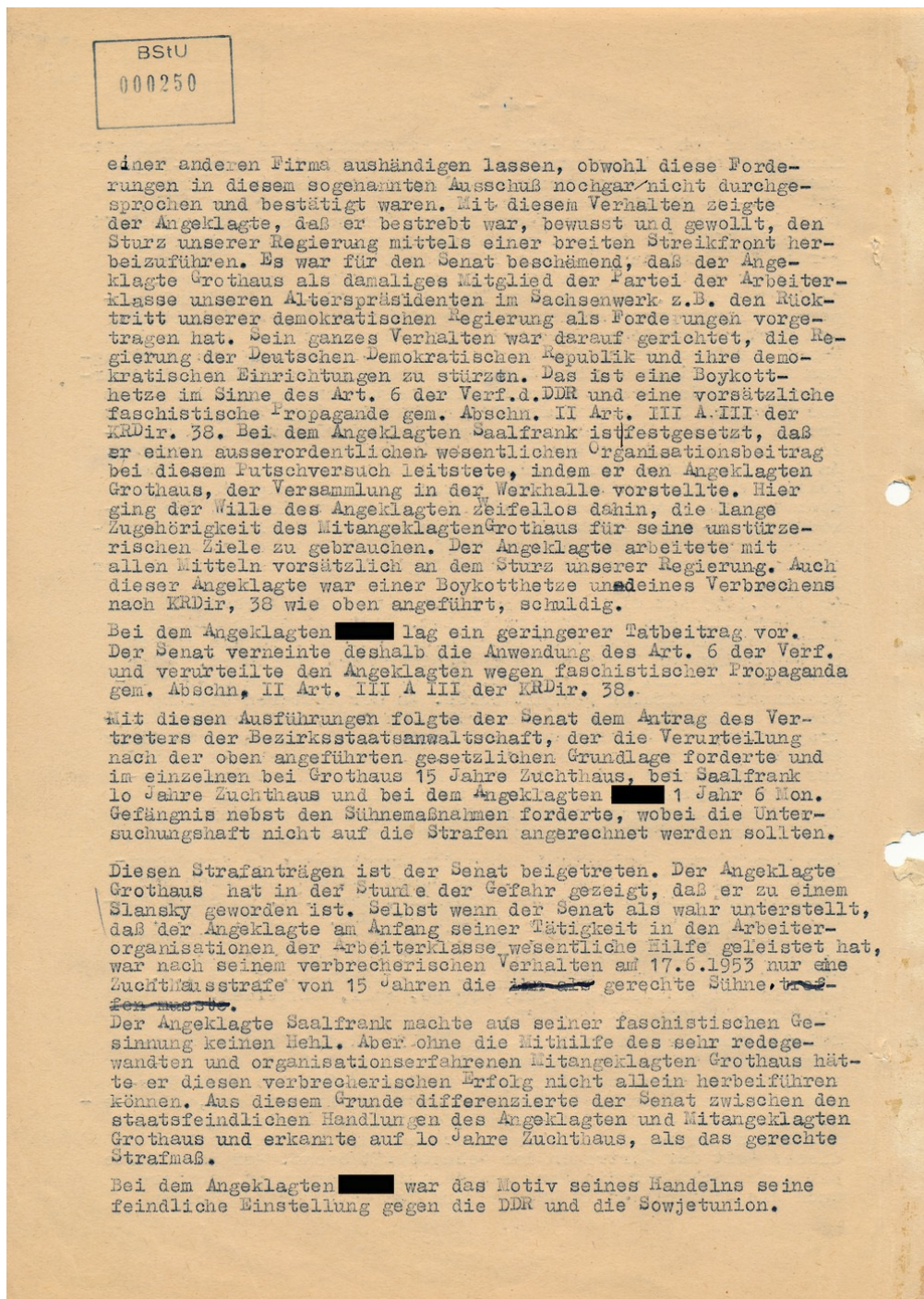


## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden



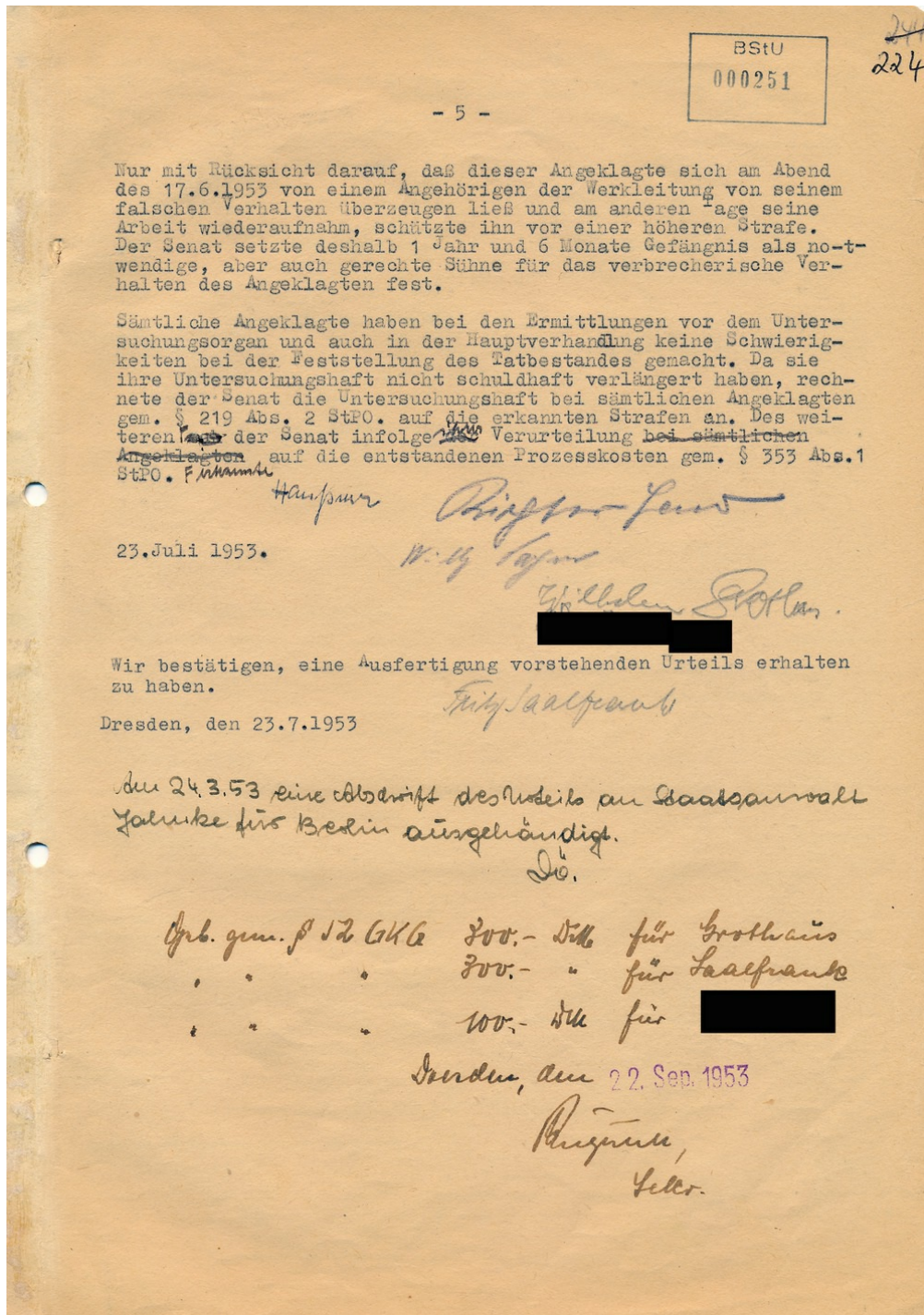


## Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden





Urteil gegen Wilhelm Grothaus und andere Angeklagte vom Volksaufstand 1953 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 239/53, BL 243-251

Blatt 251